

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III, Fernsprecher: Amt Norden 2893 und 2896.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV, Fernsprecher: Amt Norden 9708.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 M. Für die Erzielung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einsendung der Bezugsgebühr erforderlich. — Die „Freiheit“ ist im ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1918 eingetragen und kostet bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 2 M., bei Zustellung unter Streifenband 4 M.

Berliner Organ

Inserate kosten die Nebengespaltene Nonpareillezeile ober deren Raum 70 Pf. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Die dreigespaltene Reklamzeile 3 Pf., Teuerungszuschlag 50 Pf. Bei Familienanzeigen, Verlangungsanzeigen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserate für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr abends bei der Expedition, Schiffbauerdamm 19, aufgegeben sein.

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 2

Donnerstag, den 2. Januar 1919

Nummer 2

Der Konflikt mit Groener.

„Der Regierung ist nichts bekannt.“

Unsere Meldung über einen Protest des Soldatenrats des Feldheeres bei der Obersten Seeresleitung gegen General Groener hat das Wolffsche Telegraphenbureau zu demütigen gesucht, indem es behauptete, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ habe von seiten der Regierung erfahren, „dass dort von einem derartigen Schritt nichts bekannt“ sei. Demgegenüber stellen wir fest, daß der Soldatenrat des Feldheeres bei der Obersten Seeresleitung bereits am 24. Dezember ein Schreiben an die Reichsregierung gerichtet hat, in welchem zunächst die Veranlassung zu dem Konflikt folgendermaßen dargestellt wird:

Von diesen unserer vom Feldheere nach Berlin desenterten Kameraden wurden uns Klagen darüber vorgebracht, daß man seitens der Kommandobehörden die Tätigkeit der Soldatenräte nicht nur nicht genügend unterstütze, sondern sich ihnen in neuerer Zeit geradezu widersetze. Diesen Eindruck hatten wir schon vor der Berliner Tagung aus Telegrammen, Telefonsprachen und persönlichen Unterredungen mit Frontwertoffizieren gewonnen. Man drängte daher in uns, als Soldatenrat des Feldheeres darüber zu wachen, daß von der O. S. L. nichts geschähe, was die Reibung zwischen S.-Mäten und Kommandobehörden erhöhe. Nach dieser Richtung muß aber der neueste Ausruf des Generalfeldmarschalls wie neuer Bündnistoff wirken und um neue derartige Kundgebungen hinfür unmöglich zu machen, kamen wir überein, von der O. S. L. zu verlangen, daß in Zukunft alle Verfügungen und der gleichen mit politischem Charakter oder solche, die die Soldatenräte betreffen, oder sonstige in das Leben der Truppen einschneidende, von uns gegenseitig abgezeichnet werden müssen.

Darauf wird in dem Schreiben geschildert, welche Schritte unternommen worden sind, dies Ziel zu erreichen. Dabei wird berichtet über den Verlauf einer Besprechung mit General Groener. Darüber heißt es in dem Schreiben:

In der Einleitung machte Kamerad Weckerle darauf aufmerksam, daß es und nur deswegen gelungen sei, die Vertreter des Feldheeres beim Berliner Kongress in einer geschlossenen Fraktion zusammenzubehalten, weil wir den Kameraden dafür bürgten, daß sich die O. S. L. rückhaltlos hinter die Regierung Oberst-Oase stelle und daß von ihr gegenrevolutionäre Regungen nicht gebildet würden. Noch bevor wir uns ausgesprochen hatten, fuhr uns General Groener an und erklärte: „Für die O. S. L. bürgt nur der Generalfeldmarschall und ich und niemand anders. Unsere Namen sind dem deutschen Volke wohl bekannt, einer anderen Bürgschaft bedarf es nicht. Ich lehne diese daher auch ganz entschieden ab. Für unser Tun sind wir nur der Reichsregierung gegenüber verantwortlich und mit dieser stehen wir in enger Fühlung.“ Auf diese bestimmte und scharfe Erklärung hin erhoben sich die Mitglieder des S.-Rates und erklärten eine Fortsetzung der Unterredung für unmöglich.

Diese Brüstung des Soldatenrats durch General Groener wurde dann gekrönt durch eine offene Fronde des Generals gegen die Beschlüsse des Kongresses der A.- und S.-Räte. Der Bericht fährt fort:

Groener blieb sitzen und fuhr zu sprechen fort. Er berichtete, daß er erst dieser Tage in Berlin gewesen sei und dort mit den Mitgliedern des Kabinetts und des Zentralrats gesprochen habe. Er habe sehr viele vernünftige Leute dort gefunden und namentlich habe sich der Zentralrat belesen lassen, daß die von dem Kongress unter dem Druck des Terror“ angenommenen militärischen Forderungen die größte Gefahr für das Feldheer bedeuten. Dem hielten wir entgegen, daß die von den Delegierten der Berliner Garnisonen gestellten Forderungen erst nach einer reichlichen Aussprache in einer Kommissions-Sitzung angenommen worden seien, der auch die Volksbeauftragten Oberst und Oase beigezeichnet hätten. Im übrigen hätten ja auch alle Mitglieder des Zentralrats für Annahme gestimmt, da dieser Beschluß fast einstimmig durchging. Im weiteren Verlauf lenkten wir das Gespräch auf den neuen Erlaß des Generalfeldmarschalls, für den General Groener mit auf-fallend großer Wärme eintrat. „Der Offizier hat auch seine

Ehre und die gegenwärtigen Angriffe auf diesen Stand sind durch nichts begründet. Es darf so nicht weiter auf den Offizieren herumgetrampelt werden und es ist höchste Zeit, daß wir für unsere Offiziere eintreten.“ Wir gaben deutlich zu erkennen, daß wir gerade in diesem Ausruf eine ungeheure Gefahr erblickten, da viele Offiziere mehr hineinlesen als — vielleicht — vom Verleser beabsichtigt gewesen ist. Auf jeden Fall hielten wir die Kundgebung für die denkbar ungünstigste und seien überzeugt, daß sie niemand innerhalb der Regierung — auch der Genosse Oberst nicht — gutheißen könne.

General Groener pfeift also auf die Beschlüsse des Kongresses der A.- und S.-Räte und spielt die Offiziere gegen die Soldatenräte aus. Er ludte dann die Schuld an der jetzigen Spannung auf die Enfter Tagung und das dortige Ausrufen Barths zurückzuführen, was vom Soldatenrat zurückgewiesen wurde. In dem Schreiben heißt es weiter:

Erzengel Groener hielt es für richtig, daß sich die Heimat den Verhältnissen des Feldheeres angepaßt hätte! Darauf bemerkten wir, daß dies einer Umkehrung der ganzen Resolution gleichkomme. Immerhin erscheint uns diese Bemerkung General Groeners als sehr kennzeichnend für die in weiten Offizierskreisen herrschende Auffassung. Schließlich wiederholte General Groener noch einmal, daß er nur mit der Reichsregierung zusammenarbeiten wolle und eine Kontrolle durch uns ablehne. Wir erklärten darauf, daß wir der Reichsregierung von seiner Erklärung Bericht erstatten und Entschluß von ihr einholen würden.

Wenn General Groener kurz und bündig die Kontrolle durch den Soldatenrat ablehnt und dieser darauf die Reichsregierung anruft, dann wird wohl kein vernünftiger Mensch bestreiten können, daß ein Konflikt vorliegt und der Reichsregierung vom Soldatenrat ein Protest zugegangen ist. Wenn das noch nicht klar sein sollte, dem zeigt es wohl der Schluß des Schreibens, der folgendermaßen lautet:

Allgemein möchten wir bemerken, daß Erzengel Groener uns gegenüber einen höchst unangebrachten, nicht immer sachlichen Ton anschlug. Nach Vordrängung unserer Wünsche fragte er beispielsweise, was wir uns denn eigentlich einbilden, und später redete er auch von Suggestion, der nicht zu unterliegen er uns nicht für sicher hält! Obwohl nach tatsächlicher Lage der Dinge wir sehr wohl im Stande gewesen wären, und desbesonderen Tones zu bedienen, haben wir darauf verzichtet. Wir verlangen aber von der Reichsregierung, daß sie entschiedenen Verwahrung gegen eine derartige Behandlung einlegt. Wenn wir selbst davon absehen, im Augenblick die letzten Folgerungen aus dem Vorfall zu ziehen, so geschieht das nur, weil wir die Regierung nicht vor neuen Tatsachen stellen wollen.

Da uns nun ein Kontrollrecht auf gutlichem Wege abgelehnt wird, müssen wir von der Regierung verlangen, daß sie die Ueberwachung ausübt. Die Vertretung der Regierung durch Genossen Siebel können wir nicht als eine ausreichende Kontrolle ansehen, da ihm ja nachweislich eine Einsicht in die einzelnen Abteilungen nicht zusteht, oder er jedenfalls eine solche nicht ausübt. Von allen Verfügungen und wohl auch dem jüngsten Ausruf ist er genau so übertrudelt worden wie wir.

Um einen offenen Konflikt zwischen Soldatenrat des Feldheeres und O. S. L. der von großen Folgen begleitet sein würde, zu vermeiden, bitten wir die Reichsregierung um sofortige Stellungnahme zu der hier aufgeworfenen Frage und um sofortigen Drahtbescheid.

Dieses Protestschreiben des Soldatenrats vom 24. Dezember an die Reichsregierung ist in der entscheidenden Sitzung des Rats der Volksbeauftragten mit dem Zentralrat am 28. Dezember von Oberst, dem Delegierten für Militärfragen im Kabinettsrat, nicht vorgelegt worden; unsere aus der Regierung ausgeschiedenen Genossen hatten von seinem Eingang keinerlei Kenntnis. Das Schreiben wäre zweifellos auf die Beschlüsse des Zentralrats nicht ohne Einfluß geblieben. Inzwischen ist nun ein Vertreter des Soldatenrats der Obersten Seeresleitung bei der Reichsregierung persönlich vorstellig geworden. Trotzdem aber läßt die Reichsregierung durch Wolffs Bureau erklären: „Der Regierung ist nichts bekannt.“

Eine Rede Wilsons.

Dingabe an das Recht.

Manchester, 31. Dezember. In einer Rede in Manchester sagte Wilson:

Bisher wurde die Welt von Interessengemeinschaften regiert oder wurde versucht, sie auf diese Weise zu regieren, aber die Interessen trennen die Menschen. Von diesem Tage an, wo im geringsten von der sorgfältigen Wahrung ihrer Interessen abgesehen ist, beginnen Eifersüchtigkeiten. Es gibt nur eines, was die Völker an einander fesseln kann, und das ist die gemeinsame

Dingabe an das Recht.

Seit dem Anfang der Geschichte der Freiheit haben die Menschen von ihren Rechten gesprochen, und es hat mehrere hundert Jahre gekostet, um sie zur Einsicht zu bringen, daß das wichtigste an Recht die Pflicht ist. Kein anderer Gedanke als dieser darf sie leiten. Die Vereinigten Staaten haben von Anfang an ihrer Geschichte immer das Gefühl gehabt, daß sie sich von jeder Einmischung in die europäische Politik fernhalten müssen. Sie sind auch jetzt nicht an der europäischen Politik interessiert, sondern an der auf das Recht gerichteten

Gemeinschaft Amerikas und Europas.

Wenn die Zukunft uns nichts anderes brächte, als einen neuen Versuch, die Welt durch Machtverteilung im Gleichgewicht zu halten, so würden die Vereinigten Staaten daran kein Interesse nehmen, denn sie wollen keiner Macht-kombination beitreten, die nicht eine Vereinigung aller ist. Die Vereinigten Staaten sind nicht nur am europäischen, sondern auch am Weltfrieden interessiert, deshalb scheint es mir, daß die eben vor und liegende Regelung etwas Schwierigeres gütigste zu bringen hat, als je vorher versucht wurde, nämlich eine

wahre Uebereinstimmung der Geister und der Ziele.

Wer denn diese Aufgabe auch schwer ist, so ist doch ein Element vorhanden, das sie leicht macht. Nie zuvor in der Geschichte der Welt bestand eine so strenge internationale Gewissenhaftigkeit wie jetzt. Ueberall in der Welt wissen die Menschen, daß sie von nationalen Gegensätzen gebindert wurden, und daß das Interesse jedes einzelnen das Interesse aller ist, und daß die Menschen als solche Objekte der Regierungen und internationalen Abmachungen sind. Es erhebt sich gerade jetzt in der Welt ein

lauter Ruf nach Menschlichkeit,

und wer ihn nicht zu hören vermag, ist taub. Es besteht jetzt ein großer Zusammenhang eines gemeinsamen Gewissens, und ein Staatsmann, der ihm widerstrebt, würde eine sehr wenig beneidenswerte Stellung in der Weltgeschichte einnehmen. Wir gehören nicht den Aufrührern politischer Parteien, sondern den Denkern der Menschheit. Das ist der Grund, warum die Dinge, an die wir am häufigsten denken, am unwichtigsten sind. Ich rechne nicht darauf, daß jede Einzelheit der Abmachungen, die wir anstreben wollen, in jeder Richtung befriedigend sein wird. Man braucht nur an irgend eine der Fragen der Abgrenzungen und der betäubten Souveränität zu denken und an nationale Bestrebungen, um mit ziemlicher Bestimmtheit sagen zu können, daß es keinen Menschen und auch keine Gruppe von Menschen gibt, die genau sagen können, wie diese Fragen geregelt sein müssen. Aber wenn wir schon nicht befriedigende Regelungen treffen können, so müssen wir wenigstens darauf achten, daß sie durch die späteren Korrekturen immer befriedigender werden. Wir müssen deshalb für einen Mechanismus der Wiederherstellung sorgen, um einen Mechanismus des guten Willens und der Freundschaft zu haben. Wenn die Welt eine

Gemeinde von Freunden

bleiben soll, so muß sie über die Mittel zur Freundschaft und zum beständigen freundschaftlichen Verkehr verfügen, über die Mittel zu beständiger Wachsamkeit über das gemeinsame Interesse, über eine einfache und dauernde Methode von Konferenzen, die es ermöglichen, die Schwierigkeiten dann in Angriff zu nehmen, wenn sie noch klein sind, und die nicht gestattet, daß sie wachsen und groß werden. Das ist eine Doktrin, die in einem großen kaufmännischen Zentrum, wie diesem, leicht verständlich sein sollte. Wir können nicht mit Menschen Handel treiben, die uns verächtigen. Wir können nicht kaufmännische und industrielle Beziehungen anknüpfen zu denen, die uns nicht trauen. Treu und Glauben ist der Vorläufer des Handels, und der Handel ist das große Freundschaftsinstrument der Welt. Ich wünsche, daß nicht nur Großbritanniens und die Vereinigten

Gegen die Mehrheitssozialisten.

Brüssel, 31. Dezember. (Quas-Reporter.) In einem Artikel unter der Überschrift „Die Internationale ohne die deutschen Mehrheitssozialisten“ schreibt das sozialistische Blatt „Peuple“, nachdem es die Haltung der deutschen Sozialisten während des Krieges getadelt hat: die Anwesenheit der deutschen Mehrheitssozialisten auf dem Kongress in Lausanne würde nur die Autorität der internationalen Richtlinien, welche der Kongress nicht ausarbeiten müssen, schwächen. Wir haben ein großes Interesse daran, daß das deutsche

Proletariat die Entwicklung zur Demokratie durchmacht, aber dafür ist kein Weg notwendig, daß es jetzt an unserem Kongress teilnimmt.

Wir verstehen die Bitterung, die die ausländischen Genossen gegen die Kriegspolitik der rechtssozialistischen Führer empfindet. Wir glauben aber, daß es zur Klärung im deutschen Proletariat nur beitragen wird, wenn auf der internationalen Tagung die Mehrheitssozialisten Rede und Antwort geben müssen. Dagegen ermahnen wir viel mehr als nur einen Ausschluß.

sondern auch Frankreich, Italien und die ganze Welt in die gleiche Liga einzutreten, das wir und zu allererst als Freunde der Menschheit erklären und uns vereinigten zur Ausbreitung der Gerechtigkeit und zum Triumph des Rechts.

Abrechnung.

Nur drei Wochen trennen uns von den Wahlen zur Nationalversammlung, die nach dem Beschluß des Rätekongresses am 19. Januar stattfinden sollen. Diese Wahlen sollen zeigen, wie das deutsche Volk in seiner Gesamtheit über seine Zukunft denkt und welchen Weg es einschlagen will, um die Früchte der November-Revolution zu sichern.

Am 19. Januar soll das deutsche Volk eine Prüfung seiner politischen Reife bestehen. Zum ersten Male sollen die breiten Massen, alle über 20 Jahre alten Männer und Frauen, auf Grund des freiesten Wahlrechts der Welt, ihr Selbstbestimmungsrecht ausüben, um über die politische und wirtschaftliche Zukunft ihres Landes zu entscheiden.

Den ersten Beweis dieser Reife wird das Volk erbringen, wenn es erbarmungslos zu Gericht sitzt über die, die es in den Krieg hineingeht und damit das heutige wirtschaftliche Elend, den Ruin, die Arbeitslosigkeit, den Hunger verschuldet haben.

Nicht nur die davongegangenen Monarchen und ihre Handlanger, von denen sich sogar ihre intimsten Freunde abgewandt haben, sind die Schuldigen. Die Hauptschuld tragen jene Klassen und Parteien, die die zum Kriege treibende Politik forderten und unterstützten und die im Kriege selbst kein anderes Ziel sahen, als ihn als Mittel ihrer Gewaltpolitik, als Werkzeug zur Erhaltung und Mehrung ihrer Macht zu gebrauchen.

Heute sind sämtliche bürgerliche Parteien extreme Nationalisten geworden. Heute reden sie winselnd die Stiefel des Siegers, ja sie sind gar nicht einmal abgeneigt, dem Feinde noch größeren Gewinn, noch größeren politischen Einfluß zuzuschänken, wenn nur ihre wirtschaftliche Machtstellung im Innern erhalten bleibt. Diese selben Parteien waren es, die Jahrzehnte vor dem Kriege systematisch für den Krieg gearbeitet, die den Militarismus gefürcht, die auf Machterweiterung hindringende auswärtige Politik unterstützten und alle Bestrebungen der Arbeiterklasse gewaltsam niedergebunden haben, die auf Beseitigung des Militarismus und Stärkung der sozialdemokratischen Friedenspolitik gerichtet waren.

Rechtschertelung hat das deutsche Volk seine besten Kräfte, die Früchte seiner Arbeit verausgab, um den preussisch-deutschen Militarismus, die deutsche Flotten- und Weltpolitik zum Schreckensstein aller Völker zu machen. Lüge war es, daß diese Rüstungspolitik im Interesse der Erhaltung des Friedens geboten war.

Lüge war es auch, daß nur ein schwachkräftiges Meer und eine starke Flotte die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands sichern konnten. In Wahrheit sicherte diese Politik nur die Allmacht der Monarchie und Militärbureaucratie, sie mehrte die Profite der Industrie- und Bankmagnaten und bewirkte zugleich, daß das ganze europäische Festland, vom siegestrunkenen Preußen-Deutschland bedroht, sich in eine große Kaserne verwandelte, während überall in der ganzen Welt sich dem angriffslustigen deutschen Imperialismus immer größere Widerstände entgegenstellten.

Die Katastrophe im Weltkrieg hat den Schlüsselstrich unter diese verbrecherische Politik gezogen, die in der räuberischen Kriegspolitik Hindenburg-Vandendorfs ihre höchste Vollendung fand. Es gibt aber nicht nur mit den Werkzeugen dieser Politik abzurechnen — alle Volkstümer, alle Parteien gehören auf die Anklagebank, die die Rüstungen, die Kriegsprovokationen, die Annexions- und Gewaltpolitik mitgemacht oder unterstützt haben.

Sie alle werden die schönsten Rechtfertigungen vorbringen, um ihr Verbrechen am Volke zu beschönigen oder zu verkleinern. Sie werden all die abgedroschenen Redensarten von der „Ehre“ des Volkes, von der „Verteidigung des Vaterlandes“ und sonstiges mehr vorbringen. Sie werden auf die bösen Feinde, auf den „Reid“ und die „Mißgunst“ des Auslandes hinweisen, die sie angeblich zur „Abwehr“ gezwungen.

Aber hart und unerbittlich muß das Urteil des erwachten Volkes nicht nur über alle bürgerlichen Parteien lauten, die den Militarismus großgezogen und den Krieg verschuldet haben, sondern auch über die ihren sozialistischen Grundgedanken untreu gewordenen Mitglieder der sozialdemokratischen Mehrheitspartei, die durch ihre Bewilligung der Kriegskredite den Krieg unterstützten und in die Lüge gezogen haben.

Doch nicht allein mit der Kriegspolitik wird bei den Wahlen Abrechnung gehalten werden. Abgerechnet muß auch werden mit der politischen und wirtschaftlichen Rückständigkeit, mit der sozialen Barbarei, die das charakteristische Zeichen der kapitalistischen Reaktion bildet.

Aufgeräumt muß werden mit allen Ueberresten der ständisch-feudalen Vergangenheit, der Junkerherrschaft, der Uebermacht der adeligen Beamten- und Militärfaste, der herrlichen Volksverdummung und Volksverderbung.

Gebrochen muß endlich werden jene Macht des Großkapitals, die alle Gebiete des öffentlichen Lebens beherrscht, die Staat, Kirche, Presse, Wissenschaft in ihre Diener verwandelt und die große Masse des arbeitenden Volkes zur Ausbeutung und wirtschaftlichen Sklaverei verurteilt hat.

Kein Vertreter der bürgerlichen Parteien wird willens und fähig sein, diese Riesentat zu übernehmen. Sie werden wohl mit schönen Worten ihre soziale Reformbereitschaft bekunden, aber ihr ganzes Bemühen wird darauf gerichtet sein, die Massen des arbeitenden Volkes einzufädeln, die Unausgeklärten einzufangen, um auf diese Weise ihre Klassenkräfte zu reiten und ihre Besitzverhältnisse, ihre traditionelle Herrschaft aufrechtzuerhalten. Auch die Vertreter der rechtssozialistischen Partei, der Partei der Scheidemänner, die jetzt die Regierung in Händen haben, würden die Privilegien des Kapitals nicht anzutasten wagen. Charakteristisch ist in dieser Beziehung der agrarische Wahlausfall des Vorstandes der sozialdemokratischen Mehrheitspartei. Da sinden sich zwar viele schöne Worte über Freiheit und Ordnung. Aber wie schwächlich und schwammig klingt, was sie in nur wenigen Worten über die Beseitigung des Kapitalismus, kein Wort über die Durchführung durchreisender sozialistischer Reformen sagen.

In diesem Punkte allein können die arbeitenden Klassen, alle, die heute für das Kapital schaffen und schufen, einerlei ob Hand- oder Kopfarbeiter, Städter oder Landleute, erkennen, was sie von Parteien und Politikern zu erwarten haben, die über das Schicksal der Revolution in der Nationalversammlung entscheiden werden.

In der heutigen Situation gibt es kein Markieren und Feilschen, kein Jaagen und Zaudern. Unerbittlich ist von der Geschichte die Schicksalsfrage gestellt: Sicherung der proletarischen Revolution oder Schwärzeste Gegenrevolution, Sozialismus oder Kapitalismus? Und deshalb kann es für alle, die das Herz der Revolution in die Nationalversammlung verpflanzen wollen, um mit ihrer Hilfe den Sozialismus zum Siege zu führen, keine andere Aufgabe geben, als schärfste Abrechnung mit den bürgerlichen Parteien und Rechtssozialisten und energische Arbeit für die grundstrebenden revolutionären Sozialdemokraten, für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands!

Eine Erklärung Eichhorns.

In der rechtssozialistischen Presse wird seit kurzem mit aller Macht gegen Gen. Eichhorn eine Kampagne geführt. Mit welchen Mitteln, sieht man aus der nachstehenden Erklärung, die Wolffs Bureau verbreitet. Der Polizeipräsident sendet uns eine Richtungsstellung zu dem in verschiedenen Morgenblättern vom 1. Januar abgedruckten Artikel der „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten“, in der es heißt:

1. Es ist unwahr, daß die russische Telegraphenagentur (Rosta), Organ der russischen Volkspartei ist. Sie ist ein selbstständiges Presseunternehmen.
2. Es ist unwahr, daß mein Gehalt bei der „Rosta“ 1700 M. betrug, wobei ich bemerke, daß ich in einer anständigen Bezahlung auch noch keinen Kater zu sehen vermag.
3. Es ist unwahr, daß ich in der „Rosta“ bolschewistische Propaganda im Interesse der russischen Sowjet-Republik geleitet habe. Ich habe der russischen Presse lediglich Nachrichten über die politischen Vorgänge in Deutschland und Westeuropa vermittelt.
4. Es ist unwahr, daß ich Herrn Ernst mit Gewalt aus dem Polizeipräsidenten gebrängt habe. Herr Ernst hat nie im Polizeipräsidenten amtiert, der Arbeiter- und Soldatenrat übertrug mir am 10. November die Leitung des Polizeipräsidenten, die ich seitdem ununterbrochen inne habe. Das preussische Kabinett brach am 11. November für den Posten eines zweiten Ministers des Innern in Vorstoß, während Herr Ernst meine Stelle im Polizeipräsidenten einnehmen sollte. Auf vielfachen Wunsch und auf Beschluß des Volksgesamts blieb ich auf meinem Posten im Polizeipräsidenten. Das preussische Kabinett erkannte diesen Beschluß an und ernannte dann Herrn Dr. Dreißheid zum Minister des Innern.
5. Es ist unwahr, daß ich die Sicherheitswehr des Polizeipräsidenten eine „Prätorianerbande“ genannt habe. Ich habe lediglich in amtlichen Berichten darauf hingewiesen, daß sich zu Anfang unter diesen Sicherheitsmannschaften unlautere Elemente befanden haben, die jetzt beseitigt sind.
6. Es ist unwahr, daß ich mit dem Ministerium des Innern in Konflikt geraten bin und gedroht habe, mit den Sicherheitsmannschaften „anrüchlich und Ordnung schaffen“ zu wollen. Ich habe, als am 20. Dezember die Lösungsgesamtheit verweigert werden sollte, nur darauf hingewiesen, daß sich die Sicherheitsmannschaften dann wohl ihre Lösung im Ministerium des Innern selbst fordern würden.
7. Es ist unwahr, daß ich mit der Volksmarine-Division darüber beraten habe, wie den Truppen der Einzug nach Berlin unmöglich gemacht werden könne. Ebenso unwahr ist, daß ich den telephonischen und telegraphischen Verkehr in Berlin in der Nacht vom 9. zum 10. Dezember gesperrt habe. Als ich in jener Nacht nach dem Schloß gerufen wurde, war der telegraphische Verkehr bereits gesperrt. Die Beratungen im Schloß drehten sich nur um Mittelungen, die von Frontsoldaten über konterrevolutionäre Gefahren gemacht wurden und um die mögliche Anwendung von Zusammenstößen zwischen unzufriedenen Fronttruppen und Berliner Truppenteilen.
8. Es ist unwahr, daß Herr Liebschütz auf die Kommandantur geholt werden sollte, es wurde lediglich telephonische Verbindung mit Herrn Liebschütz gesucht, um Demonstrationen von dieser Seite zu verhindern, die zu unliebsamen Reibungen in den Tagen des Truppeneinzugs hätten führen können.
9. Es ist unwahr, daß die Sicherheitsmannschaften alarmiert gewesen wären, um gegen die einziehenden Truppen feindlich vorzugehen. Wahr ist vielmehr, daß in der Nacht zum ersten Einzugstage Herr Weis ausdrücklich beschwerte, die Abwehrmaßnahmen würden von achtundsechzig Mann der republikanischen Soldatenwehr besetzt, der Sicherheitsdienst des Polizeipräsidenten werde dazu nicht benötigt. Als die Abwehrmaßnahmen am ersten Tage versagt hätten, erbat Herr Weis die Hilfe des Sicherheitsdienstes, der in den folgenden Tagen in Zusammenarbeit mit der Kommandantur ausgebaut und, wie ausdrücklich von dem Volksbeauftragten anerkannt wurde, sich in hohem Maße bemüht und den ordnungsmäßigen Einzug im wesentlichen ermöglicht hat.
10. Unwahr ist, daß „Berliner Wachdiensttruppen“ (eine solche Formation existiert gar nicht) 6000 Gewehre verweigert worden seien.
11. Unwahr ist, daß viele Tausende von Gewehren und Revolvern in das Polizeipräsidenten geschafft worden sind. Das Polizeipräsidenten verfügt nur über die nötige Ausrüstung für die Sicherheitsmannschaften.
12. Unwahr ist, daß ich mich der Einweisung der Waffen auf Schütz und Trützel widersetzt habe. Von der Anweisung einer größeren Zahl von Waffen im Café „Vaterland“ habe ich keine Kenntnis gehabt. Mir wurde am 23. Dezember die Beschlagnahme der dortigen Waffen gemeldet, wobei die beschlagnahmten Sicherheitsmannschaften der Annahme waren, es handle sich um fremde verbotene Waffen.

Auf die Könige Kommissungen einzugehen versuchte ich. Ich habe weder Zeit noch Lust, meinen politischen Gegnern auf jeden ungereimten Angriff zu antworten und gedanke auch nicht, mich in Pressespolemiken von der Art der „Polit. Parl. Nachrichten“ einzulassen, umso weniger als in diesen Zeitläuften auf Objektivität der gegnerischen Presse doch nicht zu rechnen ist. Das zeigt ein Umstand wie der, daß zwar die Angriffe des Herrn Weis auf mich über meine angebliche Beteiligung bei der Besetzung des „Vorwärts“ ausführlich abgedruckt, meine Richtungsstellung, die besonders von der Redaktion des „Vorwärts“ vom ersten bis zum letzten Buchstaben bestätigt werden müßte, dagegen unterdrückt wurde.

Gen. Eichhorn.

Von der Zeitung des Sicherheitsdienstes geht uns im Anschluß an die vorstehende Äußerung folgendes zu: Die Zeitung des Sicherheitsdienstes des Polizeipräsidenten schließt sich der vorstehenden Verächtigung, soweit sie den Sicherheitsdienst betrifft, vollständig an. Wir sind jederzeit in der Lage und bereit, auf Grund der Parolebescheide und anderer amtlicher Unterlagen nachzuweisen, daß die Behauptungen und Unterstellungen der „Polit. Parl. N.“ in allen Teilen unwahr sind. Es bedarf übrigens gar keiner Rechtfertigung der Tätigkeit des Polizeipräsidenten.

Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage, trotz des mit der Demobilisation verbundenen Waffenzuzugs von Soldaten nach Berlin ist die Zahl der Vergehen und Uebertretungen nicht größer als in den Wintermonaten der früheren Jahre. Die Massenansammlungen bei Demonstrationen, bei den großen Trauerzügen der letzten Wochen und der in Berlin so gefürchtete Silberstrubel sind so glatt und ohne Störung verlaufen, daß darin geradezu ein Beweis dafür zu sehen ist, wie nützlich sich der jetzige Zustand von dem früheren System unterscheidet.

Das mysteriöse Telefongespräch.

Der Volksgesamrat von Groß-Berlin ersucht uns um Aufnahme folgender Zeilen:

Der Zentralrat billigte in seiner Antwort an die Genossen Haase, Barth und Dittmann deshalb das Vorgehen der Kommissarmitglieder Ebert, Scheidemann und Landsberg in der Nacht vom 23. zum 24. Dezember, weil diesen drei Volksbeauftragten vom dem Führer der Volks-Marine-Division telephonisch mitgeteilt worden sei, daß er für das Leben des Genossen Weis nicht mehr garantieren könne. Der Kommandant der Volksmarine-Division mit seinem vierköpfigen Stab der in seiner Gesamtheit für die Führung der Volks-Marine-Division verantwortlich ist, erklärt hiermit feierlich, daß eine derartige telephonische Mitteilung an die drei Volksbeauftragten Ebert, Landsberg und Scheidemann nicht gegeben worden ist.

Demzufolge steht fest, daß der Zentralrat, wenn er das Verhalten billigte, von einer Irrigen Voraussetzung ausgegangen ist. Er muß deshalb die Verantwortung dieser Frage nochmals vornehmen, nachdem er beide Parteien, sowohl die drei Volksbeauftragten als auch die Führer der Volks-Marine-Division gehört hat.

Für die Schutzhaftgefangenen.

In unserer Nummer am Sonnabend abend veröffentlichten wir den Aufruf eines Herrn Dr. Spuhl zur Bildung eines Verbandes der Schutzhaftgefangenen zwecks Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen und um Durchsetzung eines Gesetzes, welches denartige Schadenersatzansprüche in weitem Umfang als die bisherige Gesetzgebung sicherstellt. Hierzu schreibt uns Genosse Dr. Herzfeld, Weigandmeter im Reichsamt des Innern, der Aufruf sei insofern überholt, als im Reichsamt des Innern ein Gesetz fertiggestellt ist, welches denartige Schadenersatzansprüche — und auch solche wegen Aufenthaltbeschränkung — in weitem Umfang als die bisherige Gesetzgebung sichert. Der Gesetzentwurf, der sich auch auf Angehörige der verbündeten ehemaligen Nationen und der Neutralen bezieht und das Verfahren einfach und kostenlos gestaltet, wird voraussichtlich vor Zusammentritt der konstituierenden Versammlung als Gesetz erlassen werden.

Schäbige Kampfesweise.

Wie der Titel erkennen läßt, ist vom „Vorwärts“ die Rede. Der kapitalistische Grundfah „weh“ Brot ich esse, deh“ Lied ich singe“, ist von den rechtssozialistischen Führern während des Krieges oft genug rückwärts angewandt worden, um jeden Widerspruch von Partei- oder Gewerkschaftsbeamten zu unterdrücken. Jetzt proklamiert ihn der „Vorwärts“ von neuem. Auf dem Kongreß des Spartakusbundes referierte Paul Lange, der Redakteur der „Handelsgelassen-Stn.“ über Gewerkschaftsfragen. Der „V.“ ist mit dem Inhalt sehr unzufrieden, was sein gutes Recht ist. Nicht recht, sondern schäbig ist es, daß er Lange vorwirft, vom Weid der Gewerkschaften zu leben (wir meinen bisher, daß Redakteure von ihrer Arbeit leben), und dann fortfährt: „Es wird Sache der Gewerkschaften sein, mit den Gewerkschaftsbeamten abzurednen, die sich in diesen Klub der Gewerkschaftsleiter begeben haben.“ Also Wachepelung! Wer nicht pariert, der fliegt. Sie haben's weit gebracht!

Suppe geht zur Garde über.

Herr Suppe, der famose Organisator der weißen Unteroffiziersgarde, läßt durch das W.T.B. folgende Erklärung verbreiten:

Nach dem Ausschelden des Stadtkommandanten Weis und den belästigenden Vorgängen am Tage der Besetzung der Reichskanzlei, bei denen Mitglieder der republikanischen Soldatenwehr und der Sicherheitswehr ihre Binden und Gewehre an Arbeiter freiwillig, ohne die geringste Notwendigkeit abgaben, haben wir kein erhebliches Tätigkeitsfeld innerhalb der republikanischen Soldatenwehr mehr für uns.

Wir haben uns daher entschlossen, uns einem Regiment anzuschließen und sind fest gewillt, der rechtmäßigen Regierung der sozialistischen Republik, d. h. die Volksbeauftragten und der Zentralrat, in Treue zur Wiederherstellung für Ruhe und Ordnung und Sicherheit in der Reichshauptstadt zu dienen.

Offenlich gefüllt es dem Herrn Suppe bei der Garde besser als bei der republikanischen Soldatenwehr. Nach den vielen Mißerfolgen, die hinter ihm liegen, ist ihm dies durchaus zu wünschen.

Internationaler Arbeiterklub.

London, 31. Dezember. „Daily Express“ erfährt, daß das Kriegskabinett den Plan erwogen hat, der Friedenskonferenz die Ernennung einer Kommission vorzuschlagen, die eine eingehende Untersuchung über die Möglichkeit einer internationalen Regelung der Arbeitsbedingungen anstellt und Vorschläge für die Errichtung eines permanenten internationalen Schiedsgerichtshofes und für eine Organisation zur Verhütung eines gemeinsamen Vorgehens auf diesem Gebiete unterbreiten soll.

Politische Nachrichten.

Amerikanische Schiffe in Danzig. Einem Telegramm aus Rappenhagen zufolge ist der amerikanische Kreuzer „Chester“ heute früh von Rappenhagen nach Danzig abgegangen. Zwei amerikanische Torpedojäger haben sich nach Lübeck begeben.

Unterrichtskurse. Der A. u. S. Rat der Republik Braun-schweig will die Zeit der wirtschaftlichen Stagnation und der damit verbundenen großen Arbeitslosigkeit dazu benutzen, unentgeltliche Unterrichtskurse für Arbeiter abhalten zu lassen. Der Lehrplan enthält neben Elementarfächern wie Rechnen, Rechtschreiben, Zeichnen, auch fremdsprachliche und politische Kurse.

Verdichtung. Im gestrigen Artikel Haases hat sich ein sinnwidriger Druckfehler eingeschlichen. Es soll nicht heißen, eine Politik ohne alle Vertiefungen, sondern: führt die U. S. V. jetzt eine klare Politik ohne alle Vertiefungen, aber auch ohne schwächliche Polizeit, so wird sie sich durchsetzen.

Reichskonferenz des Spartakusbundes.

Am 8. Verhandlungstage erstattete Liebknecht Bericht über die

Verhandlungen mit den revolutionären Obleuten

der Großbetriebe Berlins. Die Kommission der Obleute, der u. a. Ledebour, Däumig, Richard Müller, Romanowski angehört, hat fünf Forderungen aufgestellt. Sie lauten:

1. Aufhebung des Beschlusses über Antiparlamentarismus,
2. eine paritätische Beilegung der Programm-Kommission,
3. Stellungnahme zu Massenaktionen,
4. Einfluß auf Presse und Propaganda,
5. Streichung des Zusatzes „Spartakusbund“ beim Namen der Partei.

Die Stellungnahme der Kommission entspricht nicht der Stimmung der Obleute selbst. Zu den einzelnen Forderungen haben sie erklärt, daß ein Beschluß, der sich grundsätzlich für den Antiparlamentarismus ausspricht, nicht gefaßt werden sei. Es sei lediglich die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung abzulehnen. Ueber die beantragte Namensänderung lasse sich reden, daran dürfen Verhandlungen nicht scheitern. Die übrigen Forderungen enthalten jedoch eine scharfe Kritik der bisherigen Tätigkeit des Spartakusbundes, und zeigten, daß entgegen der Annahme vom Dienstag abend, doch tiefgehendere Meinungsverschiedenheiten beständen. Deshalb seien weitere Verhandlungen mit dieser Kommission zwecklos. Es fanden deshalb Verhandlungen mit der Gesamtheit der Obleute statt und nach längerer Aussprache haben die Obleute an den fünf Forderungen, die schon von der Kommission aufgestellt waren, festgehalten. Die Obleute sprachen sich u. a. mit 20 gegen 10 Stimmen für die Wahlbeteiligung an der Nationalversammlung aus.

Ohne Diskussion wurde auf Vorschlag von Liebknecht die Zentrale ermächtigt, weitere Schritte zu unternehmen, das fernere Zusammenarbeiten mit den revolutionären Obleuten zu befehligen und ihren Anschluß an die kommunistische Partei zu bewirken.

Berner fand folgende Resolution, eingebracht von Sturm-Hamburg und Becker-Dresden einstimmige Annahme:

Der erste Parteitag der kommunistischen Partei Deutschlands hat aus dem Bericht des Gen. Liebknecht mit Bedauern gesehen, daß einige linksradikale Mitglieder der konfessionellen U. S. P. D. versuchen, Verwirrung in die Reihen der revolutionären Obleute und Vertrauensleute Groß-Berlins zu tragen, die treue Kampfgenossenschaft der revolutionären Obleute und Vertrauensleute mit dem Spartakusbund in Berlin zu führen und dem gesellschaftlichen Wirken unserer neuen Partei in Berlin ein Hindernis in den Weg zu legen.

Der Parteitag erklärt, daß die U. S. P. D. sich durch diese Überstreben nicht beeinflussen lassen wird. Der Parteitag begrüßt diejenigen revolutionären Obleute und Vertrauensleute, die sich mit uns in ihren Wählern in geschlossener Reihe unter der Fahne der Weltrevolution stellen, die allein von unserer Partei in Deutschland hochgehalten wird. Der Parteitag zweifelt nicht daran, daß die Masse des revolutionären Proletariats von Groß-Berlin, das der Wahl zwischen der U. S. P. D. und der U. S. P. D. sich für die U. S. P. D. entscheidet wird.

Mit Erstaunen und Enttäuschung werden die Genossen in Berlin und im Reich von dem parteistörenden Treiben erfahren, das unter Führung Ledebours, Däumigs und R. Müller darauf gerichtet ist, die Unabhängige Partei von innen heraus zu sprengen. Diese Genossen haben dazu die Organisation der revolutionären Obleute benützt, von der sie genau wußten, daß sie zu ganz anderen Zwecken geschaffen war, als um parteipolitische Entscheidungen von größter Tragweite zu fällen, wozu sie ihrer ganzen Zusammensetzung nach gar nicht geeignet und zuständig ist.

Hinter dem Rücken der Partei, ohne unsere Vertrauensleute zu verständigen, wollen sie im Geheimen den moralischen Einfluß der revolutionären Obleute benützen, um unsere Anhänger in das Lager einer anderen Partei zu führen. Ihr Vorgehen ist um so schlimmer, als sie jede Gelegenheit hatten, innerhalb der Parteiorganisation ihre Ansichten zur Geltung zu bringen. Sie wußten, daß ihre Bestrebungen bei der Berliner Arbeiterkraft keinen guten Boden finden. Sie haben sich eine Niederlage nach der anderen geholt. Die Berliner Generalversammlung hat mit überwältigender Mehrheit die spartakistische Taktik abgelehnt. Ihr Verzicht, die Berliner Organisation gegen die Kandidatur Dajaks aufzuheben, scheiterte vollständig. Als unerhörte wurde es von unseren Genossen empfunden, daß Parteimitglieder in dieser Weise vorgingen, daß sie im Moment, wo die Geschlossenheit höchstes Gebot war, Parteizersetzungs- und Zerstückelungsversuche betrieben.

Jetzt haben sie sich ganz erschüttert. Da die Parteiorganisation nicht wollte, wie sie diktierten, haben sie sich nicht der Mehrheit gefügt, sondern den Versuch gemacht, die Organisation zu zerschlagen und möglichst viele ihrer Mitglieder in das Lager einer anderen Partei zu locken.

Kreißend, viel Mühe haben sie nicht damit gehabt, sie haben sich, wie immer, arg verrecknet. Der Spartakusbund hat gegen den Willen seiner Führer die Wahlbeteiligung abgelehnt. Als Ledebour und seine Freunde sich weigerten mit Gange auf eine Liste zu kommen, da glaubten sie der Rückversicherung gewiß zu sein, da war die Liste Liebknecht-Ledebour schon fertig, da waren die revolutionären Obleute schon gewonnen. Jetzt sind ihnen die Felle davongeschommen und aus der erhofften Einigung ist nichts geworden.

Wir finden es freilich etwas merkwürdig, daß diese Genossen an einer für sie doch so naheliegenden Frage, wie die der Wahlbeteiligung an der Nationalversammlung, solchen Anstoß nehmen. Hat nicht R. Müller versichert, nur über seine Leide geht der Weg zur Nationalversammlung? Hat nicht Däumig erst vor kurzem sich auf das energischste gegen die Wahlbeteiligung erklärt? Nur Ledebour ist sich konsequent geblieben, er war immer fürs Wählen und — gewählt werden. Aber darf man an einer so naheliegenden, tatsächlichen Frage die Einigung scheitern lassen?

Die Genossen haben den verdienten Lohn erhalten. Die Resolution Liebknechts trägt sie an, Verwirrung in die Reihen der revolutionären Obleute getragen zu haben! Liebknecht ist ant. Verwirrung deshalb, weil sie seinen eigenen Standpunkt betreten haben! Sprich nicht R. Luxemburg von Unernst?

Verwirrung haben sie allerdings genug und übergenug gestiftet in den Reihen der U. S. P. Jede nützliche Arbeit, jede klare Stellungnahme haben sie verhindert. Jede Parteiführung haben sie unmöglich gemacht, haben durch die Überarbeit, an dem Zentralkomitee sich nicht zu beteiligen, alle Macht den Rechtssozialisten in die Hände gespielt. Jetzt aber denken wir, ist es genug und wir

erwarten von der Berliner Arbeiterkraft, daß sie diesem ungesunden Treiben endlich Einhalt gebietet.

Ein besonderes Wort muß noch über Ledebour gesagt werden. Ledebour ist Mitglied der Parteileitung. Däumig hat Last genug belesen, seine Stellung in der Leitung schon vor einiger Zeit niederzulegen. Ledebour natürlich nicht. Trotzdem hat er unter gefälligen Ausfällen die gemeinsame Kandidatur mit einem Mitglied derselben Parteileitung abgelehnt, trotzdem hat er die Verhöhnung gegen die Partei angezettelt. Da muß dem Manne doch klar gesagt werden, daß es nicht länger geht, eine solche Doppelrolle fortzusetzen, daß das unter anständigen Menschen nicht üblich ist, und daß ein weiteres Zusammenarbeiten mit ihm unmöglich ist.

Heeresgut ist Reichsgut Gib heraus, was nicht Dir gehört.

Reichsverwaltungsamt, Berlin W 8, Friedrichstraße 66.

Vollversammlung der Berliner Soldatenräte.

(Schlußbericht vom 20. 12. 1918.)

Nach Verlesung des Wahlergebnisses zum Berliner Volksgutrat entspann sich noch eine lebhafte Debatte wegen der abgelehnten Parität. Sodann wurde ein von Vorkämpfern und infamen Anwürfen strotzender Artikel der Abendausgabe des „Berliner Tageblattes“ verlesen, der sich gegen die gefassten Ratsbeschlüsse und ihr Ziel richtete. Eine diesbezügliche Protestresolution fand einstimmige Annahme.

Mollenbühr ging sodann auf die gegen ihn vorgebrachten Anwürfe ein und verteidigte seinen Standpunkt. Die Regierung müsse auch nötigenfalls mit Waffengewalt ihre Autorität wahren. Das sei auch nur den Ratsbeschlüssen gegenüber zu verstehen. Der Schloßkommandant Kahlke habe telephoniert: Weis sei in Lebensgefahr, und da sei in durchaus berechtigter Weise vorgegangen worden.

Grünberg: Der Vorkämpfer ist ein Mann von „harmloser Mittelmäßigkeit“, wenigstens hat ihn ein Kommissionsbericht neulich so bezeichnet. Mollenbühr hat erst vorgestern sich gegen Mollenbühr der „Fünfer-Kommission“ der republikanischen Soldatenmehrheit anständig der „Vorwärts“-Bewegung geäußert: „Geschossen muß werden, und wenn tausend Mann auf dem Pflaster liegen.“ (Rufe: Full Bluthund! Große Erregung.) Ich will kurz auf einige andere Dinge eingehen, die in den Rahmen unserer heutigen Debatte hineingehören. Die sogenannte „Suppegarde“ ist ohne Wissen und Willen der Kommandantur zu der „Bürgerwehr“ übergetreten. Oberleutnant Faupel und ein gewisser Depotführer Lange betrieben in der republikanischen Soldatenmehrheit von innen heraus eine Zersetzungspropaganda. Der Regierung war angeblich von der ganzen Bürgerwehrgewandlung nichts bekannt. Die ganze Sache geht offensichtlich vom Kriegsminister Schleich aus. Redner verteilte einen kriegsministeriellen Erlaß, abgedruckt im „Korpsbetriebsblatt“ (Garde), vom 20. Dezember 1918. Danach erhalten die Befehlskräfte des Reichsgutrates der U. S. P. D. keine Befehlsgewalt, sondern sind nur „Richtlinien“. Die U. S. P. D. haben keine Befehlsgewalt und Verantwortung. Die Offiziere tragen ihre Waffen und Waffen weiter. Jeder Offizier bleibt an seinem Plaz. Offizierswohl findet nicht statt. Beschwerden gegen die Vorgesetzten sind auf dem Dienstwege anzubringen. Der Erlaß ist von Offizieren genehmigt worden.

Redner appelliert an das sozialistische Gewissen aller Soldaten, gegen diese Drückerei energisch Front zu machen. Die Reaktion will die U. S. P. D. einfach an die Wand drücken. Einstimmig angenommen wird folgende Resolution Grünberg: „Die Vollversammlung der Groß-Berliner Soldatenräte fordert von der Regierung unverzügliche Durchführung der Rangschlüssel der U. S. P. D. in Deutschland. Der Kriegsminister Schleich und der Unterstaatssekretär Gähde sind sofort von ihren Posten zu entfernen. Die in der Umgebung Berlins liegenden Truppen sind gleich dem anderen schnellstens zu demobilisieren. — Die Regierung setzt sich durch ihre Untätigkeit in den Verdacht, die Rangschlüssel nicht ausführen oder verzögern zu wollen. Bei einer weiteren Untätigkeit lehnen wir jede Verantwortung ab.“

Kahlke von der 1. Marinebrigade stellt nochmals richtig, daß er nicht erklärt habe, Weis sei bedroht. Weis hatte sich bereits erklärt, vorläufig in Schutzhaft im Reichstag zu bleiben, bis sich die erregten Gemüter beruhigt hätten. Statt dessen beherrschte man durch das Ultimatum und durch den Artillerieangriff die Wut der Matrosen auf das höchste und gefährdete somit erst richtig das Leben von Weis. — Inzwischen hatte sich das Haus bedenklich geleert. In größter Hast wurde erfolglos Schluß der Versammlung nach ziemlich neunstündiger Sitzung.

Aus der Partei.

Die Parteipresse zum Austritt aus der Regierung.

Die Parteipresse beschäftigt sich eingehend mit den Vorgängen, die zum Austritt der Vertreter der U. S. P. D. aus der Reichsregierung führten. Der Einschuß wird allgemein gut geheißen. Durch die reinliche Scheidung erwarten die Genossen im Lande ein schärferes Hervortreten der grundlegenden Gegensätze, die uns von den Abhängigen trennen, sowie die Möglichkeit, die noch schwankenden Massen festher um das Banner des revolutionären Sozialismus zu führen. Die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt: „Das Bündnis des 24. Dezember hat die Folgen gehabt, die wir erwartet haben und die wir fordern müssen. Ein Zusammenarbeiten unserer Vertreter in der Regierung mit den Schuldigen an der Katastrophe des Reiches ist nicht mehr möglich. Die gemeinsame Regierung hätte nur noch bestehen bleiben können, wenn der Zentralkomitee entschlossen die Schuldigen preisgegeben und aus der Regierung gewiesen, wenn er andere Vertreter der Rechtssozialisten, die an der Verantwortung für die Tat der Oberst, Schreinemann und Landsberg keinen Teil hatten, hätte befreit können. Das hat er abgelehnt und damit wären die Würfel gefallen. . . . Es beginnt jetzt für die Arbeit unserer Partei ein neuer Abschnitt. Sie hat die Aufgabe, das, was am 9. November an Möglichkeiten für die Einwirkung der sozialistischen Gesellschaft erschlossen wurde, zu sichern; sie muß die Rechtssozialisten, die jetzt die ganze Regierungsgewalt in die Hand bekommen, durch ihre einschließende Kritik soweit wie möglich nach links zu treiben unternehmen und muß in den Massen durch ihre auflösende Arbeit das einschließende Gegengewicht gegen die zum Kompromiß mit dem Vorkämpfer neigenden Tendenzen der Rechtssozialisten zu schaffen wissen. Sie muß von dem Zentralkomitee, der infolge seiner Zusammenkunft aus Rechtssozialisten ihre Forderungen abgelehnt hat, an die Massen appellieren. Sie kann, nachdem die Vertreter, die sie in die Regierung entsandt hatte, nunmehr frei geworden sind, sich dieser

neuen Arbeit mit ganzer Kraft widmen. An alle ihre Glieder ergeht jetzt erneut der Ruf zum Aufbegeh. Das Schlachtfeld der Nationalratswahlen wird zunächst der Kampfplatz sein, auf dem unsere Scharen sich zu sammeln haben werden. Aber wir werden nie vergessen, daß dieser Wahlkampf nur ein Teil unserer revolutionären Arbeit sein darf, daß wir über ihn schon nach den weiteren Kämpfen und Zielen hinausdenken müssen.“

Das „Hallesche Volksblatt“ schreibt: „Die Würfel sind gefallen, die Entscheidung ist da. Seit Sonntag, den 22. Dezember, hat das deutsche Volk keine sozialdemokratische Regierung mehr. Die Unabhängigen Sozialdemokraten sind aus der Regierung ausgeschieden — und was nun noch die Regierung bildet, das sind keine Sozialdemokraten im konsequenten, radikalen Sinne, sondern sozialistische Reformatoren, die ihren Anschluß nach rechts suchen und gegen links mit Gewalt vorzugehen entschlossen sind. . . . Die Regierungssozialisten tragen allein die Verantwortung für die Weltregierung. Sie sind jeder Rücksichtnahme auf den konsequenten sozialistischen Bruder ledig geworden; jetzt wollen wir sehen, wie die sozialistische Republik aussehen wird, die sie uns bescheren. Sie haben die grenzenlose Macht. Der Rat der Volksbeauftragten gehört ihnen, der Zentralkomitee (27 Mann) ist ausschließlich von ihnen besetzt. Sie haben die Offiziere, denen sie nicht die Rangabzeichen und die Befehlsgewalt nehmen wollen, als ergebenen Generalstab in ihrer Hand. Sie werden nicht völlig demobilisieren, sondern die „Friedenskräfte“, also 800 000 Mann reguläres Drüll-Wildär unter Führung von Berufssozialisten belassen. Nun kann der — Sozialismus Scheißemannischer Spielart eingeführt werden! Die Mission der Unabhängigen Sozialdemokratie ist nicht beendet, nein, sie beginnt erst jetzt. Sie hat ihre Hände frei und braucht keinen Sozialpatriotismus mehr zu betonen.“

Die Rechtssozialisten und die Einigkeit.

„Einigkeit“, das war nach Ausbruch der Revolution plötzlich das Schlagwort der Regierungssozialisten, so oft sie die Unabhängigen nötig hatten. Und die bösen Unabhängigen waren es dann immer, die die Brüderliche Einigkeit störten.

Wie es in Wirklichkeit mit dem treuen Bruderherzen und mit dem Einigkeitswillen der Regierungssozialisten bestellt ist, das hat sich jetzt in Thüringen gezeigt. In Gotha beschloß, wie wir nicht für richtig halten, eine Arbeiterkonferenz der U. S. P. D. den Wahlkampf gegen die Reaktion Hand in Hand mit der alten sozialistischen Partei zu führen, unter dem Motto: „Der Kapitalismus, hier Sozialismus“. Das ist schroff abgelehnt. Das „Gothaer Volksblatt“ berichtet darüber: Mit 20 gegen 12 Stimmen hat die Bezirkskonferenz der Rechtssozialisten beschlossen, ein geschlossenes Vorgehen der beiden sozialistischen Parteien im Wahlkampf abzulehnen. Die Gründe sind dem Beauftragten unserer Partei nicht mitgeteilt worden. Es war ihm nur gestattet, eine kurze Zeit an den Verhandlungen teilzunehmen.

Sie hatten es also nicht einmal für nötig, die Gründe anzugeben.

Groß-Berlin.

Gastwirts- und Café-Lokale ohne Bedienung.

Zahlreiche Besucher in Gastwirtschaften und Kaffee-lokalen erlebten am Silvesterabend eine Ueberraschung. Die in diesen Betrieben Angestellten hatten an die Unternehmer Forderungen gestellt, um endlich sich von der entwürdigenden Entlohnung durch Trinkgelder zu befreien. Um ihren Forderungen Nachdruck zu geben, hatte das Bedienungspersonal zahlreicher Lokale sich entschlossen, in den Verkehrsräumen am Silvesterabend keine Forderungen entgegenzunehmen durch Einstellung der Arbeit zu erzwingen. So kam es, daß in den Lokalen, in denen die Wäster sich abendend verhielten, die Angestellten die Arbeit einstellen. Aus diesem Grunde haben sich eine Anzahl Lokalbesitzer veranlaßt, die Lokale zu schließen. Im Café Red in der Köpenickerstraße war eine Silvesterfeier geplant, zu der 3 Mark Eintrittsgeld erhoben wurde. Die vom Personal um 8 Uhr vorgelegten Forderungen wurden abgelehnt, obwohl eine Anzahl Gäste für die Keller eintraten. Es wird berichtet, daß es zu Unbilden gekommen sein soll. Herbeigerufenen Polizei sei machtlos gewesen. Am gestrigen Tage hatten eine Reihe Lokale vollständig geschlossen. Am meisten entgegenkommend hatten sich die Weinbäuer Kempinski, Traube, Rhein-gold, Bürlinghof, Leipziger Hof usw. benommen haben. Die großen Cafés am Kurfürstendamm schlossen ebenfalls.

Der Verband der Gastwirtsgehilfen schreibt uns zu dem Streik:

Die arbeitlosen, freilebenden und ausgesparten Keller und Küche sowie das gastwirtschaftliche Hilfspersonal aus den befreiten und ausgesparten Betrieben hatten sich gestern nachmittags 8 Uhr zu einer Demonstrationssammlung im Lustgarten zusammenschlossen. In einer Ansprache wurde den Versammelten mitgeteilt, daß von den Kaffeehäusern bereits mehr als 20 die Grundforderung auf Bewilligung fester Entlohnung an das Bedienungspersonal anerkannt hätten; die Wein-reisanten seien dagegen unter der Bitte der bewilligten Firmen noch ziemlich spärlich vertreten. An dem Demonstrationstage, der sich hieraus formierte und dem befreiteste Personen mit Vollmacht ferngehalten wurden beteiligten sich, soweit feststellbar werden konnte, 3000—4000 Keller, Küche, Hausdiener, Küchen-mädchen usw. Zunächst bewegte sich der Zug nach dem Rathaus, wo durch eine Deputation dem Ratsherrn die Forderung vorgelegt wurde, ob er zu gegebener Zeit bereit sein würde, wegen der Bewilligung des Trinkgeldes zu verhandeln. Da der Unterzeichner, Herr Hallenberg, keinerlei Aussicht auf die Möglichkeit von Verhandlungen machen konnte, so erging es die im Betriebe tätigen Kollegen vor, die Arbeit einzustellen, worauf der Berliner Kaffeehäuser geschlossen wurde. Der Zug bewegte sich dann die Linden entlang nach der Friedrichstraße, wo sich die wenigen Betriebe, die noch nicht bewilligt oder geschlossen hatten, zum Teil dem Vorgehen des Ratsherrn anschlossen.

Partei-propaganda auf Staatskosten?

In den Nachmittags- und Abendstunden wurde gestern Berlin mit Flugblättern übersät, die den Leser mit diesen Letzern entgegenkollern: „Dad! einen Willen und zeigt einen Willen!“ „Deutsche Proletariat!“ heißt dann die Überschrift. Der folgende Text ist eine Aufforderung an die also Angehörigen, immer wieder in geschlossenen Kundgebungen darzutun, daß die Regierung die überwiegende Mehrheit des Volkes und der U. S. P. D. hinter sich hat und die Regierung durch solche Kundgebungen „stark“ zu machen.

Wer spricht hier zum Proletariat? Das Flugblatt trägt keine Unterschrift und verweigert den Verlog. Ist es die Regierung selbst, die so dringlich wirbt? Ist sie die „Hose“

Volkes so wenig gewiß? Sind es die Leute, die eben noch über Karneval jammerten und zur Ordnung mahnten, wenn Arbeitermassen demonstrieren, um die Straße der Revolution zu befeuchten?

Es scheint in der Tat, daß die Regierung, die — nach berühmten Muster — so viel Gewicht auf „Särfte“ legt, den Flugblätter großes Interesse entgegenbringt. Die Schmelzmasse der Flugblätter über seine Deckung, veranlaßte einige Mannschaften des Sicherheitsdienstes, am Bahnhof Bülowstraße eine Anzahl Flugblätter zu beschlagnahmen und die Blätter auf der Revierwache in Verwahrung zu nehmen. Kurz darauf wurde die Revierwache von der Reichsfazelle telephonisch angerufen. Man forschte nach den Flugblättern.

Das Flugblatt sagt: „Glaubt nicht, daß die Gefahr der Liebknechtgruppe beseitigt ist. Schützt die Regierung vor der Reaktion von rechts und vor dem Umsturz von links!“

Links von der gegenwärtigen Regierung steht nicht nur die Liebknechtgruppe.

Die fragen: Werden hier Staatsgelder zur Propaganda für eine bestimmte politische Partei gegen andere Parteien verwendet? U. S. W. g.

Teltow-Beeskow steht zur Unabhängigen Partei.

Gestern fand die Generalversammlung des Kreises Teltow-Beeskow statt, die von 157 Delegierten aus 20 Orten besucht war. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde beschlossen, die Entscheidung über die Stellungnahme zur kommunistischen Arbeiterpartei (Spartakusbund) bei der Stellungnahme zur Nationalversammlung mit zu erledigen. Nach längerer Diskussion wurde mit etwa vier Fünftel Mehrheit beschlossen, sich an den Wahlen zur Nationalversammlung zu beteiligen. Damit war auch die Stellung der Versammlung zur kommunistischen Arbeiterpartei (Spartakusbund), die bekanntlich auf ihrer Tagung die Nichtbeteiligung beschlossen hat, entschieden. Die Kandidaten geben die Erklärung ab, auf dem Boden der U. S. P. zu stehen und die Spaltung nicht mitzumachen.

Folgende Kandidaten wurden zur Nationalversammlung aufgestellt: 1. Jubel, 2. Frau Böhm, 3. Freigang, 4. Lohmann, 5. Hugo Haase, 6. Emil Barth, 7. Dr. Herzfeld, 8. Künzler, 9. Reimann.

Zur preussischen Nationalversammlung wurden aufgestellt: 1. Kautzner-Storow, 2. Alois Adershof, 3. Richter-Friedenau, 4. Gultnecht-Tempelhof, 5. Peterson-Schneberg, 6. Peter-Rohlfessee, 7. Frau Ostburg-Vichterfeld, 8. Brokmann-Reußlin, 9. Reumann-Adershof, 10. Jaedel-Hollenberg, 11. Reumann-Romanek, 12. Adilke-Preptow, 13. Düring-Tempelhof.

Die Kandidaten werden gebeten, im Laufe des heutigen Donnerstag auf dem Bureau, Redarstraße 3, Reußlin, sich einzufinden, um die Erklärung über die Annahme der Wahl schriftlich zu vollziehen.

Eine Straßendemonstration gegen Adolf Hoffmann arrangierten am ersten Tage des neuen Jahres die Christlich Sozialen. Alles, was auf dem Gebiete der Ketzerei existiert und was Drum und Dran hängt, Zentrum, Protestanten und andere Konfessionen hatten nach dem Hirtus Busch mobil gemacht, um gegen den Kultusminister Adolf Hoffmann ihre Pfeile zu richten. Auch im Volksgarten, wo Herr Unterstaatssekretär Giesbert sprach, wurde protestiert. Herr Schönicke, der Kollege Hoffmanns, wurde als ein verständiger Mann bezeichnet. Wange scheinen die Herrschaften zu sein, daß das Kirchenvermögen angefaßt werden könnte. An die christlichen Seidaten wurde die Aufforderung gerichtet, das

deutsche Volk nicht zu verlassen. Nach Schluß der Versammlungen gegen die Demonstrationen auf die Straße Unter den Linden, wo sie vor dem Kultusministerium einen großen Spektakel unter Schmäh- und Schimpfwörtern gegen Hoffmann, Liebknecht, Rosa Luxemburg arrangierten. Deutschland, Deutschland über alles und Eine feste Burg waren die Kampflieder.

Das Oberkommando in den Marken äußert sich in einem Schreiben an uns über die Mitteilung, daß in dem Demonstrationstag am Sonntag zwei Kraftwagen sich befunden haben, auf denen Maschinengewehre usw. enthielten waren. In unserer Notiz war gesagt: „Der eine Wagen war von der Fahrbereitschaft beim Hauptmann der Kavallerietruppen, der andere vom Magistrat Charlottenburg gestellt. Die Fahrer sollen ihre Befehle vom Oberkommando in den Marken erhalten haben, so wurde ihnen wenigstens versichert.“ Das Oberkommando teilt mit, daß von keiner Dienststelle des Oberkommandos in den Marken Wagen für den Demonstrationstag zur Verfügung gestellt worden seien und auch keine Wagen aus einer dem Oberkommando unterstellten Fahrbereitschaft in dem Demonstrationstag gefahren worden wären. Es zeigt sich, daß oft Befehle gegeben werden unter mißbräuchlicher Benutzung bestimmter Dienststellen. Aber an der Sache selber ändert das nichts.

Eine unerwartete Freude wurde am Sonntag den Insassen des Gemeindeheims in Reinickendorf. Zwei rote Schinken von zusammen 9 Kilogramm Gewicht, die der Arbeiter- und Soldatenrat Schleißhändlern abgenommen hatte, wurden an die 26 zum Teil stehenden und bettlägerigen Männer und Frauen verteilt, so daß jeder ein reichliches halbes Pfund bekommen konnte. Sicher sind hier dem Arbeiter- und Soldatenrat keine Feinde entstanden. — In den nächsten Tagen kommt ein Quantum beschlagnahmter Gries, etwa 30 Pfund, ebenfalls an die 30 Kinder des Gemeindeheims zur Verteilung. Weiter wäre nach mitzuteilen, daß das beim Schlächtermeister Fuhrmann und einem Restaurateur beschlagnahmte Rindfleisch von 154 Pfund zum Preise von 1 Mark das Pfund als Preisbrotfleisch im westlichen Ortsteil der Bevölkerung zugeführt worden ist. Auch den Teilnehmern an der Massenbeisung konnte durch Ueberweisung von einhalb Pfundern Schmelzfleisch und einem gleichen Quantum Rindfleisch für die Feiertage eine wesentliche Aufbesserung der Kost gewährt werden.

Ein tödlicher Straßenunfall ereignete sich am Silvesterabend in der Weberstraße. Dort geriet der 50 Jahre alte Kaufmann Gustav Dampfer aus der Landsberger Straße 93 beim Ueberqueren des Fußweges unter ein Geschäftsfuhrwerk und erlitt so schwere Verletzungen, daß er schon auf dem Wege nach der Rettungswache verstarb. Während man sich um den Verunglückten auf der Straße bemühte, fuhr das Fuhrwerk unerkannt davon.

Schwer gerichtet wurden zwei Sicherheitsbeamte Kopp und Bauer, die am Silvesterabend in der Lötter Straße einer Schlägerei zwischen zwei Parteien ein Ende machen wollten. Die Streitenden wendeten sich gemeinsam gegen die Beamten und brachten ihnen schwere Stöße und Schlagwunden bei, so daß ihnen auf der Rettungswache Hilfe werden mußte.

Die Leitung des Sicherheitsdienstes Groß-Berlin teilt mit: Alle den Sicherheitsdienst betreffenden Bekanntmachungen, Anrufe usw. müssen bei Aufgabe zum Druck schriftlich vorliegen und drei Unterschriften der Leitung mit Stempeln tragen oder die Unterschrift des Prääsidenten Eichhorn.

Soldaten-Delegierte der Jahrgänge 08—09 aller Groß-Berliner Truppenteile (s. 1—2 Sammelband) treffen sich heute, Donnerstag, den 2. 1. 19 zu wichtiger Besprechung im Lokal Charlottenstr. 7, Berlin SW. (Nähe Halesches Tor).

Die erste öffentliche Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates Berlin-Reinickendorf findet am Freitag, den 3. Januar 1919, in der Aula der Victoria-Luisen-Schule um 7 Uhr abends statt. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Mitteilungen, 2. Bericht über die Sitzungen der Kommission des Bremerverbandes Groß-Berlin bet.

Rechtsstellung der kommunalen Arbeiter- und Soldatenräte, 3. Bericht der Lebensmittelkommission, 4. Erwerbslosenfürsorge, 5. Wohnungsfragen, 6. Verschiedenes.

Freie Jugend „Südbot“. Am Freitag, den 3. Januar, abends 7 Uhr findet im Lokal von Barthard, Südlicher Str. 62 eine Versammlung mit Vortrag statt.

Alle ehemaligen Mitglieder und Funktionäre der Arbeiterjugend, insbesondere die aus dem Felde zurückgekehrten, werden erbeten, am Donnerstag, den 2. Januar 1919, abends 7 Uhr, nach der Aula der Völkischbildungsschule, Georgenstraße 11, zu einer wichtigen Besprechung zu kommen. J. U. des Propaganda-Ausschusses der U. S. P. D.: R. Geniel.

Aus den Organisationen.

Adershof. Die Reichheitssozialisten hatten zum 30. Dezember durch das Adershofer Tageblatt alle auf dem Boden der Mehrheit stehenden Einwohner zu einer Versammlung im Lokal von Kautzner eingeladen! Ihr Referent, Redakteur Bernuth, bezeichnete die Taktik der Unabhängigen als falsch, alle Maßnahmen der Mehrheit für richtig! Mit seinen Ausführungen rief er den schärfsten Widerspruch der Versammlung hervor, der sich in energischen Protestrufen kundgab. In der Diskussion teilte Innes Genosse, G. Reumann, in treffender Weise das Verhalten der Regierungsozialisten vor und während der Revolution und zog einen scharfen Trennungsschnitt zwischen unserer Partei und den Mehrheitssozialisten, die durch ihr Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien keine Gewähr bieten können für die Förderung der revolutionären Erzeugnisse! Wer es ernstlich mit dem Sozialismus meine, müsse sich der Unabhängigen Partei anschließen! Genosse Klotz erinnerte daran, wie die Leitung der Reichheitssozialisten unter dem Schutze und mit Hilfe des Lagerungsamtes und der Polizei es verstanden hätten, sich der aufstrebenden sozialdemokratischen Kräfte zu bemächtigen. Solche wir vergessen, daß sie es waren, die dem Arbeiter durch das Hilfsdienstgesetz die Freizügigkeit geraubt hatten? Einer Regierung, die sich durch die Straßenkämpfe am 24. Dezember mit um anstößbarer Blutschuld beladen hat, können und wollen wir kein Vertrauen geben! Darum hinein in die Partei der Unabhängigen. Diese imposante Versammlung, die so ganz anders ausfiel, als ihre Veranstalter glaubten, hatte recht deutlich gezeigt, daß für die Regierungsozialisten in Adershof kein Boden vorhanden ist. Mit einem von einem Genossen ausgetragenen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie, in das die Versammlung begeistert einstimmte, schloß die Versammlung.

Lichtenberg. Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß unser Extra-Blatt am Donnerstag, den 2. Januar, in den bekannten Lokalen (siehe Anzeigen) abends 7 Uhr, 8 Uhr stattfindet. Die außerordentlich wichtige Tagesordnung, Wähl der Delegierten zur Kreis-Generalsversammlung am 4. 1. 19, sowie Auffstellung der Kandidaten zur preuß. Nationalversammlung, erfordert das Erscheinen aller Genossinnen und Genossen.

Nieder-Schneeweide. Freitag, den 3. Januar, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung. Das Erscheinen der Mitglieder ist dringend notwendig. Der Vorstand.

Reinickendorf. Volkerversammlung, Freitag, den 3. Januar 1919, abends 7 Uhr in Singers Volkshaus. Tagesordnung: Das neue Deutschland und Nationalwahlen. Referent: ehemaliger Reichstagsabgeordneter Fritz Jubel. Karl Dürre.

Nieder-Schneeweide. Am Donnerstag, den 3. Januar, abends 7 Uhr, in der Aula des Schulgebäudes öffentliche Volksversammlung der U. S. P. D. Vortrag: Wir und die Nationalversammlung. Referent: Gen. Fritz Jubel. Freie Aussprache. Jedermann, besonders Frauen, eingeladen.

Adershof. Am Freitag, den 3. Januar, abends 7 Uhr, findet bei Wölfflein, Bismarckstraße, eine öffentliche Volksversammlung statt mit dem Thema: „Ziele und Wege der U. S. P. D. und des Spartakusbundes“.

Theater und Vergnügungen.
Volksbühne (Theater am Bülowplatz) 7 1/2 Uhr: Die armenellen Beidenhänder.
Opernhaus 7 1/2 Uhr: Hoffmanns Erzählungen. Schauspiel.
7 Uhr: Peer Gynt.
Deutsches Theater 7 1/2 Uhr: Michael Kramer. Kleines Schauspielhaus.
Königsgrätzer Str. 7 Uhr: Eiselei. Komödienhaus.
Berliner Theater. 7 Uhr: Sterne, die wieder leuchten. 3 Uhr: Die tolle Kantele.
Lossing-Theater. 7 Uhr: Der gute Ruf.
Residenz-Theater. 7 Uhr: „Der Lebenskünstler“.
Central-Theater. 7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.
Deutsches Opernhaus Charlottenb. 7 Uhr: Der polnische Jude.
Kleines Theater. 7 Uhr: Liebeleli.

Komische Oper.
3 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.
Lustspielhaus. 7 1/2 Uhr: Die spanische Fliege.
Metropol-Theater. 7 1/2 Uhr: Die Faschingsfee. 3 Uhr: Wiener Blut.
Neues Operettenhaus. 7 1/2 Uhr: Die kranke Emma. Sonntag 3 1/2 Uhr: Jagdrevue.
Palast-Theater. 7 1/2 Uhr: Der Mikado. 3 Uhr: Der Struwwelpeter. Schiller-Theater Charlottenburg. 7 1/2 Uhr: Das Konzert.
Thalia-Theater. 7 1/2 Uhr: Polnische Wirtschaft. 3 Uhr: Frau Holle.
Theater am Kottbusplatz. 7 1/2 Uhr: Der Juxbaron. 3 Uhr: Der Störenfried.
Theater des Westens. 7 1/2 Uhr: Die lustige Witwe. Donnerstag 4 Uhr: Aschermittwoch.
Wallner-Theater. 7 1/2 Uhr: Graf Habenichts. 3 Uhr: Die Nischenwelt.
Kosm-Theater. 7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.
Casino-Theater. Lötzingstr. 37. Tägl. 7 1/2 Uhr: Der erste große Schläger.
Die goldene Brücke. Vorher erstkl. Spezialitäten. u. a. der arkonische Regen-Sonntag 3 1/2 Uhr: Friede auf Erden. Wallhall-Theater. 7 1/2 Uhr: August der Starke.
Metropol Kabarett (Sonnentag 3 1/2 Uhr) Direktion ALEX BRAUNE
5 Uhr
Das hervorragende Kabarettprogramm Gygyl-Konzerte. Vorzügliche Küche. Getränke — Gebäcke. Sonntags Anfang 4 Uhr.

LEIPZIGER BUCHDRUCKEREI A.-G.
Abteilung Buchhandlung
LEIPZIG, Tauchaer Str. 19/21
In unserem Verlage ist soeben erschienen:
Karl Kautsky
Sozialdemokratische Bemerkungen
zur Uebergangswirtschaft
Broschiert 3.00 Mark Gebunden 4.50 Mark
Bestellungen sind an die obengenannte Buchhandlung zu richten.

Der neue Staat
Demokratie oder Diktatur
Eine sensationelle neue Broschüre
von **Karl Kautsky**
Für den Vertrieb Strassenhändler u. Vertreter
per sofort gesucht :: Hoher Verdienst
für Auswärts vergabe Alleinvertrieb

WALTER KUHN, BERLIN SW 11
Schöneberger Str. 10

APOLLO Theater
Dir. JAMES KLEIN
Abend 7 1/2 Uhr, Sonntag 3. und 7 1/2 Uhr
Die Welt geht unter!
Senta Sönnelund, Lucie Blätter, Franz Batsch, Fritz Beckmann, Felixa Hahn.
NADCHURA'S Elefant, ROSTON'S Affenmensch, Traneys Blumenkorsow.
Sonntag 3 1/2 Uhr, Erwachsen 1 Kind frei!

Lieban-Kabarett
Künstler-Diele
Taubenstr. 24
Ab 4 Uhr: Orchester von 6-7 1/2 Uhr — das große Programm — Ab 7 1/2 Uhr: Tanz.
Echt russ. Tee, Kaffee, Mokka, Schokolade, Pein-Obst, 8. Wipe — 2. Klub — 3. Klub.

Gitarrezithern
mit Unterlegnoten 24., große 6-akkordige 24., Mandoline ca. 12., bis 22., Mandolin, Gitarren 45., erkl. Klänge 60., Konzertvioline 120., bis 150., Kontrabass 120., Klavier 120., Klavierlola 14., Unterlicht 8., Monatsprogramm 10. ständige Schnellkurse! Ernst Henschelstr. 110.
Mehrere Botenfrauen für **Moabit** sucht Spedition **Lübecker Str. 43.**
Weissensee Die Spedition der „Freiheit“ für Weissensee befindet sich vom 1. Januar 1919 ab Sedanstr. 19 1/2 R. Warnar

Cabaret Tivoli
Frankfurter Allee 307
Inkl. Rich. Dahlster
Täglich:
Anfang 8 Uhr Spezialitäten v. Carl Lasser, Sprechst. d. Volkes
Freiheitlich-revolutionäre Vorträge.

Wintergarten
Das grosse Spezialitäten-Programm
Anfang 1/2, 8 Uhr
Friedenspiano
erstklassiges, verk. Hansenstein, Wintergartenstr. 2, IV.

Sprech-Apparate und Platten
BIAL & FREUND
ALEXANDERSTR. 97
BERLIN S. 42
GROSSE AUSWAHL BILLIGE PREISE. Auf Wunsch BEQUEME ZAHLWEISE
Verlangen Sie unsern Prospekt 333.

PAUL CASSIRER VERLAG
Sozialistische Schriften zur Revolution
KARL KAUTSKY
Habsburgs Glück und Ende.
Preis 3 Mark.
Das Buch vom Kampf der Nationalitäten und der Revolution in der alten Donaumonarchie.

Unabhängiger sozialdemokratischer Wahlverein Kleinbarnim (Sitz Reinickendorf 6).
Öffentliche Volksversammlung!
Freitag, den 3. Januar 1919, abends 7 Uhr, in den Oberbudenstr. 77-79.
Die kommende Nationalwahl und unsere Pflichten. Oder wollen wir den alten kapitalistischen Anarchismus weiter bestehen lassen.
Redner ist der ausgeschiedene Volksbeauftragte des U. S. P. D. Reichstagsm. Hugo Haase.
Soldaten, Arbeiter, Frauen, erbeten in Massen. Die Organisations.

Achtung! Soldatenräte der U. S. P.
Am Donnerstag, abends 7 Uhr, findet eine Sitzung der Fraktion der U. S. P. im Reichstag statt. Eingang Social V, Saal 1, Oberbudenstr. Die Tagesordnung lautet:
1. Aufgaben der Partei,
2. Bericht aus dem Plätekongress,
3. Verschiedenes.
Der Sekretär